

Interview zum Abschluss der Fachtagung
Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule
28. Mai 2014 in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Berlin

mit **Prof. Dr. Yasemin Walda Karakaşoğlu**, *Universität Bremen* und **Norbert Rosenboom**, *Leiter des Amtes für Bildung, Hamburg*

Das Interview führte **Armin Himmelrath**, *Deutschlandfunk, freier Journalist*



Norbert Rosenboom, Prof. Dr. Yasemin Walda Karakaşoğlu und Armin Himmelrath (v.l.n.r.)
© Piero Chiussi/DKJS

Armin Himmelrath:

Frau Karakaşoğlu, Herr Rosenboom, Sie waren an der Entstehung der KMK-Empfehlung „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule“, die heute vorgestellt und diskutiert wurde, beteiligt. Sehen Sie die Hinweise aus Wissenschaft und Praxis ausreichend berücksichtigt?

Prof. Dr. Yasemin Walda Karakaşoğlu:

Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus dem Feld wurden für einen Vorentwurf direkt angesprochen und aufgefordert, Verbesserungs- und Ergänzungsvorschläge zu machen, von denen erfreulicherweise ziemlich viele übernommen wurden. Es ist tatsächlich ein richtiger Dialog zwischen Politik und Wissenschaft entstanden, bei dem die Wissenschaft den aktuellen Stand der Diskussion in der interkulturellen Bildung einbringen konnte. Sicher gibt es auch Kompromisse, es fehlt zum Beispiel die Diskussion um die Schulstruktur, aber da können sich die Länder auf keinen Konsens einigen. Diese Empfehlungen sind ein bildungspolitisches Papier und dabei muss man pragmatische Abstriche machen. Gegenüber der KMK-Empfehlung von 1996 wurde aber deutlich gemacht, dass es um eine Querschnittsdimension geht, um eine Schlüsselqualifikation für alle, um eine Kompetenz für Menschen, die in Deutschland aufwachsen und weltweit unterwegs sind und eben nicht um eine zielgruppenspezifische Förderung. Darüber hinaus hat der Aspekt von Diskriminierung, Antidiskriminierung und Antirassismus hier einen prominenten Platz erhalten, mit sehr klaren Forderungen an die Institutionen, sich dazu zu positionieren und wirksame Strukturen heraus zu bilden, um Diskriminierung und Rassismus zu identifizieren und ihnen auf institutioneller Basis entgegen zu wirken.

Armin Himmelrath:

Sie haben die sehr offene Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft als einen ungewöhnlichen Prozess beschrieben. Woher kommt diese Offenheit?

Prof. Dr. Yasemin Walda Karakaşoğlu:

Diese bildungspolitischen Empfehlungen sind wegweisend für die kommenden Jahre, sie sind sehr umfassend und bilden gleichzeitig einen bundesweiten Konsens ab. Ich war selbst überrascht, als ich zusammen mit anderen Kollegen und Kolleginnen der Interkulturellen Bildung gebeten wurde, Empfehlungen und Anmerkungen zu machen. Noch überraschter war ich, als ich in der verabschiedeten Version feststellen konnte, wie viele unserer Anmerkungen tatsächlich berücksichtigt wurden. Es war ein gutes und kluges Signal, dass die Politik sich bei der Erstellung des Papiers des aktuellen Stands der wissenschaftlichen Diskussion zu diesem gesellschafts- wie bildungspolitisch so zentralen Themenkomplex vergewissert und ihn im Papier so prominent berücksichtigt hat. Dieses Modell der Kooperation zwischen Wissenschaft und Politik sollte bei dieser Art von Papieren, die ebenfalls einen so hohen Konsens erfordern, unbedingt fortgesetzt werden.

Armin Himmelrath:

Herr Rosenboom, haben Sie diesen Prozess auch so positiv wahrgenommen oder standen die Praktiker aus den Schulverwaltungen in den Ländern ein bisschen außen vor?

Norbert Rosenboom:

Nein, ich freue mich erst mal über das Lob der Wissenschaft. Wir arbeiten transparent, offen und beziehen alle mit ein. Eine Erklärung zu interkulturellen Fähigkeiten ist eine umstrittene Sache. Das ist ein weicher Faktor und weiche Faktoren sind bei Schulverwaltungsmitgliedern das Schwierigste. Wir können uns leichter über Ressourcen einigen (weil wir sie nicht haben) als über weiche Faktoren in 16 Bundesländern mit unterschiedlichen Schul- und Lebensbedingungen. In Hamburg haben bei den neuen ersten Klassen fast 50% der Kinder einen Migrationshintergrund der ersten, zweiten oder dritten Generation in der Familie. In unserer Großstadt sind demnächst diese Kinder in der Mehrheit. Glücklicherweise geht diese Einteilung nicht so genau, aber das ist schon ein Riesenproblem für so einen Stadtstaat. Ich kennzeichne das als Problem, weil wir einen Gegensatz haben zwischen „gutbürgerlichen Eltern“ und Anderen. Damit einher gehen Stadtsplaltungen. Gleichzeitig kann das auch eine Chance sein. Wenn Sie das mit Thüringen vergleichen, wo zwei Prozent Migranten sind, sehen Sie einen Gegensatz zwischen Bundesländern, den man nicht weglegen kann. Vor diesem Hintergrund müssen Sie eine Erklärung formulieren, die den richtigen Inhalt setzt und gleichzeitig praktisch so geartet ist, dass sie ansatzweise zu überzeugen vermag. Ich entsinne mich an Diskussionen im Schulausschuss, wo der Entwurf dieser Erklärung in der ersten Fassung verhandelt wurde. Da war durchaus nicht absehbar, dass die KMK diese Erklärung beschließen würde. Glücklicherweise hat sie es dann später mit leichten Veränderungen doch getan. Mir ist an der Erklärung wichtig, dass sie keine einseitige Ausrichtung auf Lehrer hat, sondern sie weist zurück auf die Behördenpolitik der Länder, die die Mittel zur Verfügung stellen muss, sowie auf die Schulleitung und die Schulaufsicht, die ihre Verantwortung übernehmen müssen. Dieses Merkmal ist wesentlich und so in KMK-Erklärungen noch nicht vorgekommen. Bisher legte man riesige Fortbildungsprogramme auf. Danach passierte gar nichts mehr. Mir ist diese Verantwortung wichtig: Die Lehrer müssen es umsetzen, sie setzen den Prozess aber nicht alleine in Gang.

Prof. Dr. Yasemin Walda Karakaşoğlu:

Es ist nicht nur ein Fortbildungsprogramm, das jetzt alle umorientieren soll, sondern eine grundsätzliche Umorientierung auf die Normalität von Schülern und Schülerinnen. Ich hätte mir gewünscht, dass parallel dazu ein Forschungsprogramm des BMBF aufgelegt wird, damit dieser Prozess wissenschaftlich begleitet wird.



© Piero Chiussi/DKJS

Norbert Rosenboom und Prof. Dr. Yasemin Walda Karakaşoğlu

Armin Himmelrath:

Was sind denn aus Ihrer Sicht die vielleicht ein oder zwei wichtigsten Herausforderungen, vor denen wir in der schulischen Praxis stehen?

Norbert Rosenboom:

Für Hamburg würde für mich gelten: Die Schulaufsicht muss auf die Schulen zugehen, die sich schon bewusst sind, dass sie ein „Migrationsproblem“ haben. Die Schulaufsichten bekommen den Auftrag, diese Empfehlungen mit den Schulen zu diskutieren. Dann geht es um Bilanzierungsgespräche, bei denen sich die Schulen positionieren müssen. Dieser Prozess wird sechs bis acht Jahre dauern, wenn keine Wahl dazwischen kommt, denn dann liegen die Programme erst mal still und müssen neu gestartet werden.

Wir haben mit dieser Erklärung zum jetzigen Zeitpunkt eine einmalige Chance in der demographischen Entwicklung unserer Gesellschaft. Zum ersten Mal werden in Hamburg die Jugendlichen vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur gebraucht. Wir müssen diese Arbeitsmarktpotenziale nutzen. Schüler lernen nicht etwa, weil Schule gut ist, sondern weil die Lehrkraft sie begeistert oder weil eine Perspektive dahinter steht. So kriegt man Schüler dazu, Sachen zu lernen, die sie gar nicht wissen wollen. Durch Zufall kommt die Erklärung zeitlich hier genau richtig. Jetzt gilt es, diesen Start nicht zu verpassen und loszulaufen statt zu sehr zu theoretisieren. Die Schulbehörde in Hamburg zumindest läuft schon wie verrückt, die sieht sich ja selbst kaum.

Prof. Dr. Yasemin Walda Karakaşoğlu:

Nicht nur die Schulbehörden müssen laufen, auch die Universitäten als Ausbildungsstätten von Lehrerinnen und Lehrern müssen sich jetzt viel mutiger und klarer zu diesem Thema positionieren. In der Vergangenheit wurde das Thema fast ausschließlich auf Deutsch als Zweitsprache reduziert. Die Einbettung in den Rahmen der Interkulturalität und Inklusion ist nicht erfolgt. Das müssen wir an den Universitäten schaffen. Ein Element davon ist der Umgang mit migrationsbedingter Heterogenität in der Schule. Es gibt einige Universitäten, die dafür Beispiele vorhalten, aber es ist lange noch nicht so, dass alle lehrerbildenden Universitäten entsprechende Module verpflichtend vorhalten. Noch immer ist es in Deutschland an den meisten Universitäten möglich, sich über die Anwahl von Seminaren und Modulen an diesem Thema vorbei zu mogeln. Das kann einfach nicht sein. Hier sind wir in der Verantwortung, das entsprechend in die Lehrerausbildung an der Universität zu implementieren und zu strukturieren. Der nächste Schritt ist die Verzahnung mit der zweiten Phase der Lehrerausbildung, dem Referendariat. Das ist mit durchaus unterschiedlichen Vorstellungen von Lehrerausbildung verbunden, zeitintensiv und manchmal sehr anstrengend, aber das müssen wir dringend tun. Außerdem ist wichtig, über die Ursprünge der Stereotype, mit denen wir handeln, und über die Aus-

wirkungen unseres Handelns in Schule zu reflektieren. Ich finde dabei einen einseitigen Blick auf migrationsbedingte Pluralität als 'Problem' mit dem man umzugehen lernen soll, nicht zielführend. Die KMK-Empfehlung greift ihn glücklicherweise so nicht auf, sondern stellt die Normalität von Pluralität fest. Ein Aspekt von Pluralität ist Migration und das wirkt sich auf die zunehmende Heterogenität in Schule aus. Das birgt Herausforderungen und auch Chancen. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind keine Gruppe, die dem Normalitätsverständnis von geborenen Deutschen nicht entspricht und für die irgendetwas gemacht werden muss, damit sie geborenen Deutschen entspricht. In den Großstädten Deutschlands sind sie einfach die Mehrheit. Diese ganze Differenzierung taucht in der KMK-Empfehlung wohlthuend und pragmatisch auf. Dies ist verbunden mit der Aufforderung, sich dazu im Bereich von Curricula, Entwicklung, Schulbüchern und Ausbildung des pädagogischen Personals zu verhalten.

Armin Himmelrath:

Sie beschäftigen sich ja jetzt beide schon sehr lange mit diesem Thema. Gab es trotzdem heute im Laufe dieser Fachtagung Punkte, die für Sie neu waren oder Sie zum Nachdenken gebracht haben?

Norbert Rosenboom:

Erstens stimmt unser Geschichtsunterricht nicht mit den Anforderungen von migrierten Kindern überein. Wir haben keinen Geschichtsunterricht in der Lehrplanvorgabe, der auf einen Migrationshintergrund eingeht.

Zweitens die Frage nach Ombudsleuten für Diskriminierung. Wir haben in Schule mit Sicherheit Diskriminierungsprobleme und keiner kann sie zurzeit greifen. Es gibt keine unabhängige Instanz, jeder, der damit zu tun hat, ist irgendwie schon mit Verwaltung verwoben und da gilt der unüberwindbare Krähensatz.

Drittens, allerdings viel langfristiger, ist die Frage nach dem Ehrenamt von Eltern. Erfolgreiche Schule besteht aus Lehrern, Schülern und Eltern, den professionellen, lernenden und begleitenden Kräften. Und die Elternseite ist nur ehrenamtlich aufgestellt. Ich will Eltern nicht ins Hauptamt holen, aber man müsste sie mindestens von Seiten des Staats coachen und begleiten. Es kann nicht sein, dass Eltern pausenlos alle Arbeit im Ehrenamt machen und dann noch von der Schulverwaltung leicht belächelt werden.

Prof. Dr. Yasemin Walda Karakaşoğlu:

Ich kann mich bei dem Thema der Diskriminierung unmittelbar anschließen. Unabhängige Meldestellen müssten vorhanden sein und die Wege der Beschwerdemeldung transparent und bekannt sein. Es bedarf einer qualifizierten Ausbildung für die Verantwortlichen, um nicht nur ein Monitoring zu betreiben, sondern wirksam gegen Diskriminierung und ihre Ursachen vorzugehen. Empowerment für die Schüler und Schülerinnen muss Grundbestandteil von Unterricht in den Schulen sein. Und Diskriminierung muss Thema in der Lehrerausbildung und der Lehrerfortbildung sein. Die Fragestellung reicht weiter als die Diskriminierung von Migranten durch Nicht-Migranten: Wir müssen uns konstruktiv, kritisch und selbstkritisch mit unseren Stereotypen im Kopf auseinandersetzen. Das ist das Kernthema interkultureller Bildung. Wie kommen wir zu Stereotypen? Wie sind diese auch bei uns allen handlungsleitend und im schlimmsten Fall rassistisch handlungsleitend? Ein weiterer Punkt, der mich beschäftigt, ist die Frage, wie man interkulturelle Kompetenz in die Breite bringen kann. Wie schafft man es, nicht nur einige sehr engagierte Lehrerkollegien oder auch Schulleitungen fortzubilden, sondern tatsächlich alle diejenigen, die jetzt schon in Schule sind, zu qualifizieren?

Und ein drittes Thema, über das wir uns Gedanken machen müssen, sind die bundesweiten Vergleichsarbeiten. Entsprechen sie eigentlich der Pluralität der Schüler und Schülerinnen, was sprachliche, kulturelle, religiöse Voraussetzungen und ihre Erfahrungen mit bildungsbürgerlichen Grundwissensbeständen betrifft? Dazu habe ich jetzt keine Antwort, aber das sind Themen, mit denen wir uns weiter beschäftigen müssen.

Armin Himmelrath:

Frau Karakaşoğlu, Herr Rosenboom, ich danke Ihnen für Ihre jeweilige Einschätzung und persönlichen Blick auf die heutige Tagung und die Empfehlung der KMK.